

lässigkeit revolutionärer Erhebung nicht ausgeschlossen. Bei der Ansprache am Freitagnachmittag stellte der Papst fest: „Mit derselben Offenheit, mit der wir anerkennen, daß die Theorie und Praxis der *Violencia* ihre letzte Motivierung häufig in den vornehmen Beweggründen der Gerechtigkeit und Solidarität finden, müssen wir klarstellen, daß die *Violencia* weder dem Evangelium entspricht noch christlich ist; die jähren und mit Gewalt herbeigeführten Strukturveränderungen sind trügerisch, unwirksam und entsprechen bestimmt nicht der Würde des Volkes, welches verlangt, daß die nötigen Wandlungen sich von innen vollziehen, d. h. mit einer entsprechenden Haltungsänderung, Vorbereitung und wirksamen Teilnahme aller...“

Das Wort „*Violencia*“ ruft in Kolumbien die Erinnerung an die noch nicht lange zurückliegende Schreckenszeit wach, als nach dem Mord an dem liberalen Führer Gaitán im Jahre 1948 Liberale und Konservative in einem Blut- rausch gegenseitig Sippen und Dörfer ausrotteten. In jahrelanger, mühseliger, gemeinsamer Arbeit von Staat und Kirche ist heute die *Violencia* fast ganz überwunden. Das Leitwort des Kongresses „Band der Liebe“ war gerade auch im Hinblick auf die jüngste Geschichte Kolumbiens gewählt. Sollte nun der Papst die *Campeños*, die Hauptopfer der *Violencia*, zu einer neuen *Violencia*, die sich lediglich in der Zielrichtung von der früheren unterscheidet, aufrufen? Sollte der Papst das, was in Grenzfällen nicht zu umgehen sein mag, als „Entwicklungsprogramm“ vortragen? — Eine wohl widersinnige Idee, die überdies das Wesen der Unterentwicklung verkennet. Es gibt nur dann eine echte wirtschaftliche, soziale, politische, kulturelle und religiöse Entwicklung, wenn die einzelnen und die Gruppen bewußte Träger des Entwicklungsstrebens werden. Abkürzungswege zur Entwicklung allein durch revolutionäre Gesetze sind Wunschträume. Dies geben übrigens die Kommunisten selbst zu, wenn sie zum „revolutionären Programm“ unbedingt das „revolutionäre Bewußtsein“ fordern, d. h. die Bereitschaft zur Mehrarbeit und Produktivitätssteigerung durch Mitdenken. „Entwicklung“ heißt hier: Überwindung von Fatalismus, Gleichgültigkeit, Verantwortungsscheu; der Wunsch, die eigene Lage zu verbessern, und der Wille, hierfür aktiv zu werden. Dieser unumgängliche Wandel des Bewußtseins und der Haltung kann nur stufenweise geschehen, daher muß auch der Strukturwandel stufenweise und nicht plötzlich-radikal sein. „Stufenweise“ bedeutet nicht ein Hinauszögern, sondern ein energisches Anpacken und drängendes Suchen der Lösung. Wenn der Papst die „*Violencia*“ verurteilte, schloß er in diese Verurteilung auch die stille Gewalttätigkeit der herrschenden Schichten ein. „Die Kirche kann sich weder mit einem

ungerechten System solidarisieren noch den Haß und die Gewalttätigkeit unterstützen“ (Ansprache Pauls VI. bei der Eröffnung der Zweiten Lateinamerikanischen Bischofskonferenz).

Nachwirkung des Papstbesuches

Bogotá hatte sich geistig und materiell mit großem Einsatz auf den Eucharistischen Weltkongreß vorbereitet. Die neuen Straßen, die auf dieses festliche Ereignis hin gebaut wurden und die von dauerndem Nutzen für die Ausdehnung der Stadt sind, gaben der Hauptstadt ein neues Gesicht. Im Scherz nannte man Papst Paul VI. „den besten Bürgermeister Bogotás“. Verwaltung und Bevölkerung sind mit Recht stolz auf diese Bauleistungen; sie sind ein Beweis mehr dafür, daß in diesem Land in kürzester Zeit Erstaunliches geschaffen werden kann, wenn mit entsprechender Überlegung und mit verstärktem Nachdruck gearbeitet wird.

Der begeisterte Ausdruck von Verehrung und Dankbarkeit gegenüber dem Papst aus allen Volksschichten schuf eine nationale Einheit, wie sie vielleicht nie zuvor bestanden hat. Auch wenn der Papst keines der Elendsviertel aufsuchte, gelangten auch die Ärmsten in seine Nähe, z. B. während seines Besuchs im Stadtviertel „*Venecia*“. *Venecia* ist eines von vielen „*barrios populares*“ im Süden der Stadt, seine ca. 23 000 Einwohner sind ganz überwiegend Arbeiter und Handwerker. Es ist kein vom „Staat errichtetes Paradequartier“ („*Der Spiegel*“, 26. 8. 68). Mit öffentlichen Mitteln wurden im Zusammenhang mit dem Papstbesuch lediglich der Platz um die Kirche, zugleich Schulplatz der angrenzenden Volksschule, und die wichtigsten Straßen asphaltiert, genauso wie in zahlreichen anderen Vierteln des Südens. Insgesamt 40 Häuser wurden vom staatlichen „*Instituto de Crédito Territorial*“ schon lange vor der Entscheidung über den Besuch des Papstes in *Venecia* gebaut.

Um die Anwendung der Lehren des Konzils und der Forderungen des Papstes auf die konkreten Verhältnisse des Kontinentes rang nach dem Kongreß die Zweite Lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellín. Offensichtlich bereitet das Mühen um gemeinsame, für den ganzen Kontinent verbindliche Beschlüsse erhebliche Schwierigkeiten; kein Wunder, wenn man die großen tatsächlichen Unterschiede zwischen den lateinamerikanischen Nationen und in der Mentalität der Konferenzteilnehmer bedenkt. Die einen meinen, die Kirche habe nur eine düstere Zukunft vor sich, nachdem sie in viereinhalb Jahrhunderten ihre Aufgabe nicht erfüllt habe, andere sind davon überzeugt, daß die Kirche noch nie so günstige Wirkmöglichkeiten besessen habe wie heute.

Die Zweite Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe

In der kolumbianischen Stadt Medellín tagte vom 26. August bis 7. September die Allgemeine Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe. Sie wurde vom Papst selbst, der zum Abschluß des Eucharistischen Kongresses in Kolumbien weilte, eröffnet. Das Thema, das 155 bischöflichen Delegierten und 137 Vertretern der Priester, Ordensfrauen und Laien, Beratern und elf Beobachtern nichtkatholischer Kirchen zur Beratung vorlag, bedurfte

der tropischen Umrahmung nicht. Hitzige Debatten, Kontroversen und auch vorzeitige Harmonisierungsversuche waren vorauszusehen. Die Verwaltung der aufstrebenden Industriestadt Medellín war vom Präsidenten des Lateinamerikanischen Bischofsrates, CELAM, gebeten worden, von allem gesellschaftlichem Arrangement abzu- sehen. Die Bischöfe der lateinamerikanischen Kirche wollten unbeirrt und unbeeinflusst arbeiten. Ihr Thema

war: „Die Kirche im gegenwärtigen Wandel — Lateinamerika im Lichte des Konzils.“

In einem kostspieligen und fast zweijährigen Arbeitsprozeß hatte CELAM die Vollversammlung vorbereitet. Finanziell unterstützt von „Adveniat“, war von Bischöfen und Fachleuten aller Sparten die 26seitige Arbeitsgrundlage, das „Documento básico“, erstellt worden. Es pasierte als Vorschlag alle 22 nationalen Bischofskonferenzen von Mexiko über die Antillen, die mittelamerikanischen Republiken bis zu den südamerikanischen Staaten.

An analytischer Klarheit ließ das Basisdokument auch nach den Ergänzungsvorschlägen der einzelnen Bischofskonferenzen wenig zu wünschen übrig. Zur Veröffentlichung war es nicht vorgesehen. Das CELAM-Präsidium hatte vermeiden wollen, daß durch vorzeitige Interventionen dem Anlauf zur realistischen Sicht der Lage und konkreten Planung der Mitarbeit der Kirche an einer grundlegenden und raschen Strukturwandlung in Lateinamerikas Staaten ein Bein gestellt werde.

Kontroversen zur Vorbereitung

Es kam jedoch anders als geplant. Die größte konservative Tageszeitung Kolumbiens, „El Tiempo“, veröffentlichte zwei Wochen vor dem Papstbesuch zum Eucharistischen Weltkongreß wesentliche Auszüge des Arbeitsdokuments für die Lateinamerikanische Bischofskonferenz. Daraufhin wurde das Dokument zur Veröffentlichung freigegeben. Die Diskussion im ganzen Kontinent glich vielerorts einem Catch-as-catch-can. Als die besseren Kämpfer erwiesen sich dabei die militant Konservativen. Im Besitz von Kapital und Kommunikationsmitteln, die von den großen Presseorganen bis in die Nuntiatoren reichen, nutzten sie dann auch ihre Chancen, Druck auf Lateinamerikas Hierarchie und vaticanische Stellen auszuüben. In einer Petition der starken argentinischen und brasilianischen „Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum“ an den Papst wurde gebeten, „endgültig die Aktionen der Progressisten zu unterbinden, die den Kommunismus begünstigen“. Mexikos antikommunistische Vereinigung verstieg sich in einer halbseitigen Anzeige („El Tiempo“, Kolumbien, 21. 8. 68), adressiert an den Papst, zur Behauptung, „Fidel Castro hätte Arbeiter und Bauern nicht versklaven können, wenn nicht der Erzbischof von Santiago und viele andere Kleriker das Volk verführt hätten“. Ganz Lateinamerika drohe diese Gefahr, weil „katholische Priester, ja Bischöfe ihre geistliche Autorität dem antichristlichen atheistischen Kommunismus zur Verfügung stellen“. Die Vereinigung gab den Rat, der Papst solle von der Exkommunikationsbulle Pius' XII. gegen Kommunisten Gebrauch machen und sie auf Priester und Laien anwenden, die dem „internationalen Kommunismus zum Triumph verhelfen wollen“.

Im „Documento basico“ wird zur Situationsanalyse festgestellt: „Unsere Menschen sehen die ungerechten sozialen Unterschiede und entdecken, daß sie nicht dazu bestimmt sind, immer so weiterzuleben, und daß sie im Notfall sogar zur Gewalt greifen würden, um diesen Zustand zu beseitigen. Es ist nicht zu leugnen, daß auf dem Kontinent vielerorts eine revolutionäre Einstellung herrscht, die umfassende, kühne, dringende und tiefgreifend erneuernde Veränderungen fordert. Es sollte uns nicht überraschen, wenn auf diese Weise die Bedingungen für die Gewalt vorbereitet werden, denn die oben erwähnten Zustände sind bereits von der Gewalt diktiert, da sie der

menschlichen Würde widersprechen und die Freiheit unterdrücken. Man sollte lieber von der Geduld eines Volkes überrascht sein, das jahrelang einen Zustand ertragen hat, der für alle, die ein entwickeltes Gewissen für die Menschenrechte haben, nicht annehmbar ist.“

Das Arbeitsdokument fiel aber in den Medelliner Beratungen bald unter den Tisch. Jeder der zwanzig Kommissionen und Subkommissionen, die einen Teilaspekt der drei großen Themen „Sozialer Ausgleich“, „Evangelisation“ und „Strukturen der Kirche“ behandelten, wurden vom Präsidium erneut die drei Fragen nach der Situation, theologischen Reflexion und den pastoralen Folgerungen vorgelegt. Wertvolle Zeit verging mit Disputen, bei denen jetzt größtenteils die Fachleute fehlten.

Drei der von CELAM eingeladenen fachkundigen Berater waren in Rom nicht akzeptiert worden. Der belgische Soziologe F. Houtart, der Direktor des Mexikanischen Sozialsekretariates und Verfasser der hervorragenden Sozialpastoral des mexikanischen Episkopats (März 1968), P. Velasquez, und der Chilene P. Arroyo („National Catholic Reporter“, 18. 8. 68).

Es war nicht das einzige Mal, daß der Vatikan von seinem Interventionsrecht bei dem Lateinamerikanischen Bischofsrat Gebrauch macht. Dem Papst steht es zu, die Konferenz einzuberufen, persönlich oder durch Delegierte zu leiten, das Thema und die Beschlüsse zu approbieren, 15 Prozent der Konferenzmitglieder zu ernennen und die Liste der stimmberechtigten Mitglieder zu ratifizieren. Der Papst ernannte zu Konferenzvorsitzenden seinen Delegaten, den Vorsitzenden der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika, Kardinal A. Samoré, den Erzbischof von Lima, Kardinal Landazuri Ricketts und den CELAM-Präsidenten Avelar Brandão Vilela, Erzbischof der brasilianischen Diözese Teresina.

Rom hatte zu den ordentlichen Konferenzmitgliedern (also den Vorsitzenden der 22 nationalen Bischofskonferenzen, den gewählten Vertretern dieser Bischofskonferenzen, für je 25 Mitglieder einen Delegierten, den CELAM-Präsidenten, -referatsleitern und ständigen Delegierten und den Mitgliedern des Exekutivrates der lateinamerikanischen Ordenskonferenz) überraschend noch fünf Nuntien nach Medellin berufen. Ob diese „lebendige Mahnung“ der diplomatischen Vertreter des Vatikans aus Argentinien, Brasilien, der Dominikanischen Republik, Kolumbien und Kuba und die kurzfristig installierte Fernschreibverbindung Medellin—Vatikan Anlaß war, daß einige Themen nicht erörtert wurden?

Sicher ist aber auch, daß die Konferenz gleich am ersten Arbeitstag ihren Willen bekundete, das im Konzil zugesicherte Maß kollegialer Eigenständigkeit im Rahmen der abgesteckten Möglichkeiten zu nutzen. Sie bedachte während der Einführungsrede der Präsidenten den CELAM-Vorsitzenden mit demonstrativ starkem Beifall. Kardinal Samoré wurde nur höfliche Aufmerksamkeit zuteil. Schon bei der Einweihung des neuen CELAM-Generalsekretariates in Bogotá hatte Erzbischof Avelar Brandão in Anwesenheit des Papstes die Kollegialität in der lateinamerikanischen Kirche, die Notwendigkeit ihrer Experimente und der Suche nach eigenen Pastoralentwürfen betont.

„Aufstand“ gegen Tyrannei der Strukturen

Deutlich wich die Medelliner Konferenz in einem Themenkreis von den vorgezeichneten Wegen des Papstes ab. Durch seine in Bogotá mehrfach wiederholte, klare Ab-

lehnung der Gewalt, als „dem Evangelium und Geist des Christentums“ widersprechend, mag Paul VI. gehofft haben, die Diskussion der Bischofskonferenz um dieses Problem zu mäßigen. Mit 125 gegen 5 Stimmen nahm das Plenum einen Entwurf an, der sich durch differenzierte Klarheit entschieden von allen neuen amtsskirchlichen Stellungnahmen zu revolutionären Umwälzungen absetzt. Erarbeitet wurde er unter Leitung des Vorsitzenden der Uruguayischen Bischofskonferenz, Erzbischof-Koadjutor Carlos Parteli, von der Subkommission „Frieden“.

In diesem Dokument wurde einleitend noch einmal festgestellt, daß sich Lateinamerika unleugbar vielerorts in einer Situation institutionalisierter Gewalt befindet, die globale, grundlegende und dringende Umwälzungen fordert. Was rechtfertigt nach Meinung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in solchem Fall den revolutionären Aufstand? Das Dokument stellt fest: „Um einen Aufstand zu rechtfertigen, muß sich das Volk in einem Zustand legitimer Abwehr gegen die Tyrannei befinden. Das ist die von *Populorum progressio* ausdrücklich gegebene Bedingung. Es handelt sich nicht notwendigerweise um die Tyrannei einer Person, denn es ist möglich, von einer Tyrannei der Strukturen zu sprechen, die ganze Volksschichten in einer ungerechten Situation hält. Es ist ebenfalls notwendig, daß der Zustand wirklich Produkt der Ungerechtigkeit ist und nicht Folge von Naturbedingungen. Man muß bedenken, daß in vielen Fällen die Führungsschichten, die Reichtum, Kultur und Macht besitzen, einen solchen Druck auf die Regierenden ausüben, daß damit die notwendigen Veränderungen unmöglich gemacht werden. Manchmal nimmt dieser Widerstand so heftige Formen an, daß er Leben und Güter zerstört.“

Obwohl es nicht in der Kompetenz der Bischöfe liege, die Bedingungen für einen Aufstand zu entscheiden, fährt das Dokument fort, sei es ihrer Meinung nach nötig, „zu wissen, 1. ob der Aufstand mehr oder weniger massiv von der sich ihrer Lage bewußten Bevölkerung unterstützt wird; ob eine große Anzahl Menschen dazu bereit ist, ihr Leben zu riskieren; ob der Bürgerkrieg das Risiko eingeht, die Interventionen starker ausländischer Armeen zu provozieren, die den Aufstand zum Scheitern verdammen könnten. 2. Es ist ebenfalls notwendig, daß das durch die Revolution aufgestellte System keine Unterdrückung hervorruft, die so schwer oder schwerer ist wie diejenige, die es heutzutage gibt. Die Macht ist unter den heutigen Verhältnissen in Gefahr, leicht an die überzugehen, die sie aufstellten, und kann durch Agitatoren manövriert werden. 3. Es ist daher erforderlich, daß es keine andern Mittel gibt, die Ungerechtigkeit und die Misere zu beenden. Das Christentum ist friedlich, und es schämt sich nicht, das zu bekennen, aber es ist nicht deswegen pazifistisch, weil es zum Mitleid fähig ist. Das Christentum zieht den Frieden dem Krieg vor. Es überschätzt weder die Wirksamkeit des Krieges, noch unterschätzt es die Wirksamkeit des Friedens.“

Zusammenfassend hält das Dokument fest, daß in den gegenwärtigen Umständen Lateinamerikas nach Ansicht der Bischöfe all die Vorbedingungen für eine revolutionäre Erhebung nicht gegeben seien. An die Besitzenden richtet das Dokument noch einmal den Absatz: „Wenn sich die privilegierten Schichten der friedlichen Einstellung bedienen möchten, um sich den notwendigen tiefgreifenden Änderungen zu widersetzen oder um ihre Privilegien mit Gewalt zu verteidigen, werden sie selbst

vor der Geschichte verantwortlich sein für die explosive Revolution der Verzweifelten.“

Unerläßliche Bewußtseinsbildung

Alle Beschlüsse der Konferenz bedürfen der Approbation durch den Papst. Erst dann sollen sie veröffentlicht werden und lehramtliche Gültigkeit haben. Das Prinzip aber wurde in Medellin durchbrochen. Offensichtlich mit Zustimmung des Päpstlichen Delegaten wurden die wesentlichen Konferenzergebnisse der Pressekonferenz bereits vorgetragen, bevor sie der Papst erhielt. Trotzdem, betonte CELAM-Präsident Erzbischof Avelar Brandão, sei es möglich, daß der Papst an den Dokumenten einiges ändere.

Selbst wenn das eintreffen sollte, ist doch mit den Dokumenten bereits der Wille der lateinamerikanischen Kirche präzisiert, Ferment in den rasch anzustrebenden Strukturwandlungen zu sein. In Medellin gelang der Durchbruch zu einer in den Grundzügen einheitlich realistischen Sicht. Das ist ein wesentlicher Schritt in der innerkirchlichen Bewußtseinsbildung. Nach dieser Bischofskonferenz, an der erstmals Laien (auch Frauen), Priester und Ordensleute als gleichberechtigte Partner in allen Kommissionen saßen, sind die traditionellen Einteilungen in „progressive Minderheit“ und „beharrende Mehrheit“ nur bedingt aufrechtzuerhalten.

Zur Wirtschafts-, Sozial- und Agrarreform brachte die Subkommission „Gerechtigkeit“ unter Leitung von Erzbischof Eugênio Sales (São Salvador da Bahia) ein Dokument ein, in dem scharf der „innere und äußere Kolonialismus“ verurteilt wird. Er wird als eine „Verschwörung gegen den Frieden“ bezeichnet. Zu den inneren Kolonialherren wird die Feudalschicht gerechnet, die in Lateinamerika zwei bis drei Prozent der Bevölkerung ausmacht, deren Lebensstandard von der Produktivität unabhängig ist und die durch Gewinninvestitionen im Ausland zur Verminderung des Sozialprodukts beiträgt. Als ausländischen Kolonialismus bezeichnet das Dokument die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit Lateinamerikas von den entwickelten Ländern. Positiv wird beurteilt, daß die bisherigen Mißerfolge der Welt-handelskonferenz, den Abstand zwischen sinkenden Preisen für Rohprodukte und steigenden für Fertigprodukte zu vermindern, „den Zusammenschluß der proletarischen Nationen begünstigt“.

Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang, daß die lateinamerikanischen Bischöfe auf einen Aufruf zu verstärkter Entwicklungshilfe oder zwischenkirchlicher Hilfe verzichteten. Dagegen appellieren sie eindringlich an die Bischöfe der entwickelten Länder, ihren Einfluß bei den politischen und wirtschaftlichen Führungsschichten ihrer Staaten geltend zu machen, um so das Bewußtsein der Verpflichtung zu internationaler Solidarität und Gerechtigkeit zu fördern. Weiter empfiehlt die Kommission der lateinamerikanischen Kirche, durch Mithilfe an der Bildung von Basisorganisationen die Voraussetzung der Hilfe zur Selbsthilfe im Volk grundzulegen. Mitbestimmung der Arbeiter, Steuergerechtigkeit, die Dezentralisierung der politischen Macht und planvolle Agrarreform werden als wesentliche Bedingungen zu wirtschaftlichen Neustrukturen aufgeführt.

Zu Bildung und Erziehung legte die Kommission „Erziehung“ unter Leitung von Kardinal A. Rossi (São Paulo) einen Bericht vor. Der verbreiteten Meinung, Alphabetisation und Grundschulbildung habe bereits in sich einen

erheblichen Entwicklungswert, hält das Dokument entgegen, daß die Eingliederung der bäuerlichen Analphabeten und städtischen Randsiedler in die gegenwärtig herrschende Zivilisation nicht Aufstieg, sondern neue Unterdrückung bedeuten könne. Man brauche Bildungsmethoden, die Lateinamerikas gesellschaftliche Randsiedler zu Initiatoren ihres eigenen Fortschritts machen, sie zur Entwicklung in originalen kulturellen und zivilisatorischen Lebensformen befähige. Das lateinamerikanische Bildungswesen wird als „abstrakt und formalistisch“ bezeichnet. „Die didaktischen Methoden sind mehr um die Vermittlung von Kenntnissen besorgt“, heißt es im Dokument, „als um die Schulung eines kritischen Geistes. Zudem sind die Erziehungssysteme auf die Erhaltung der herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ausgerichtet, nicht auf ihre Umwandlung.“

Weiter wird beklagt: „Zentralismus und Uniformität im lateinamerikanischen Bildungswesen fördern die Erziehung zur Passivität und verhindern die Entwicklung des Pluralismus.“ Während die lateinamerikanische Jugend verlange, „mehr zu sein“, und nach Wegen der Selbstverwirklichung suche, sei die Schul- und Berufsausbildung auf „mehr haben“ ausgerichtet. Auch durch das Berufsschulwesen würden Reformen verhindert, die darauf hinarbeiten müßten, der Wirtschaft ihre Dienstfunktion am Menschen und als von ihm beherrschtes Mittel zuzuweisen. Auch die Universitäten Lateinamerikas, wird in dem Dokument weiter ausgeführt, entsprechen nicht den besonderen Anforderungen des Entwicklungskontinents. Sie sind „Abbilder der abendländischen Universitäten, beharren auf herkömmlichen Studien fast ohne Laufbahn mit mittleren Ausbildungszeiten, die für die wirtschaftlich-soziale Entwicklung wichtiger sind“.

Gefordert wird von den lateinamerikanischen Bischöfen die Demokratisierung des Erziehungs- und Bildungswesens auf allen Ebenen. Die Bischöfe verstanden den Begriff „educación liberadora“ als angestrebtes Ideal. Sie meinen damit, daß man in Inhalt und Methode der Pädagogik von Kindergarten bis zu Universität und Erwachsenenbildung die Erziehung der Schüler und Studenten zu Subjekten der eigenen Entwicklung fördern muß. Diese Zielvorstellung, würde sie verwirklicht, hätte tatsächlich umwälzende Konsequenzen für Aufbau und Struktur des lateinamerikanischen Bildungswesens. Heute herrschen durchschnittlich rezeptive Lehrmethoden und vormilitärische Übungen vor. In den pastoralen Richtlinien der Erziehungskommission wird die Rechtfertigung eigener katholischer Bildungseinrichtungen abhängig gemacht von der Frage, ob sie Modellcharakter haben oder nicht. Ausdrücklich wird betont: „Es kann nicht Aufgabe der Kirche im Bildungswesen sein, Konfessionsschulen nichtkatholischen Schulen, privaten und staatlichen Schulen gegenüberzustellen.“ Vielmehr sei von ihr eine offene und freie Zusammenarbeit in allen Bildungssektoren mit allen gesellschaftlichen Kräften und dem Staat erforderlich.

Familien-, Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik

Mit dem in der lateinamerikanischen Kirche vernachlässigten Gebiet der Familienpastoral befaßte sich die Kommission „Familie und Bevölkerungsfragen“. Sie konfrontierte das Plenum mit einer Beschreibung der Familiensituation, die von Statistiken erhärtet ist. Der „katholische Kontinent“ ist keineswegs nur mit der höchsten jährlichen Geburtenzuwachsrate belastet (2,8 Prozent), sondern auch mit unvergleichlich hohen Prozentsätzen „illegitimer Ver-

bindungen“ und unehelicher Kinder. In „uniones libres“ leben bis zu 40 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre. Noch erschreckender ist die Statistik über den Anteil unehelicher Kinder. Bis zu 30 von 100 Lebendgeburten (Panamá) sind uneheliche Kinder. In den anderen Ländern schwankt die Unehelichenquote zwischen 16 (Chile) und 61 Prozent (El Salvador), durchschnittlich macht sie zwischen einem Viertel bis zur Hälfte der Neugeborenen aus. (Zahlenangaben zitiert nach „America Latina — Una y multiple“, DESAL, Santiago 1968.)

Als Ursachen dieser Desintegration nennt die lateinamerikanische Bischofskonferenz u. a.: soziale Mißstände, Vernachlässigung der Familienpolitik und des Rechtsschutzes für Frauen, mangelhafte Familienseelsorge und Ehevorbereitung. Das Dokument empfiehlt, der Familienpastoral Vorrang in der Seelsorgeplanung zu geben. Bedenkt man, daß bisher keine der nationalen Bischofskonferenzen Lateinamerikas ein Referat für Familienseelsorge eingerichtet hat — selbst CELAM nicht —, wird klar, daß noch ein weiter Weg von der Konzentration auf die Heranbildung des Priesternachwuchses zum Schwerpunkt Familienseelsorge zurückzulegen ist.

Auf das Problem der Bevölkerungsexplosion eingehend, erklärt die Bischofskonferenz, daß die „lateinamerikanischen Länder an Unterbevölkerung leiden und das demographische Wachstum als Entwicklungsfaktor brauchen“. Jeder „simplifizierende Lösungsversuch“ wird von den Bischöfen abgelehnt. Besonders schädlich erscheine die Annahme einer geburtenverhindernden Bevölkerungspolitik, „die eine dringende Entwicklungspolitik verdrängt, ersetzt oder auf den zweiten Platz verweist“. In diesem Sinne habe die Enzyklika *Humanae vitae* für Lateinamerika eine besondere Bedeutung.

Die Bischöfe „verurteilen jede Politik, die auf unterschiedsloser Geburtenkontrolle gründet, das heißt, Geburtenkontrolle um jeden Preis und auf jede Art, vor allem, wenn sie als Vorbedingung für Wirtschaftshilfe auftritt“. Damit ist akzentuiert, daß die „Furcht vor Mißbrauch der Pille zum Völkermord“ seitens der entwickelten Nationen, vor allem der USA, entscheidender Grund der einheitlichen Zustimmung des lateinamerikanischen Episkopates zu *Humanae vitae* ist.

Verständnis für die Jugend

Von den vorwiegend pessimistischen Situationsanalysen, die in Medellín gegeben wurden, hebt sich das Schlusssdokument der Jugendkommission ab. In einer Pressekonferenz hatte der Vorsitzende der Kommission, Bischof R. Bogarin (Paraguay), in Medellín bereits dem Vorurteil gewehrt, das in den studentischen Unruhen und der Politisierung der lateinamerikanischen Universitäten vornehmlich marxistische Subversion sieht. Die Universitäten, so Bogarin, haben die Aufgaben, im Prozeß des sozialen Wandels Antriebskraft zu sein. Das studentische Aufbegehren „gegen Imperialismus, die nationale Oligarchie, die Polizeirepressalien, die Bildungspolitik und das mit der politischen und wirtschaftlichen Macht verbundene Regime der Kirche ist sehr verständlich“. Bischof Bogarin sagte voraus, daß sich zukünftig der studentische Protest noch radikalieren und an politischer Bedeutung gewinnen werde.

Im Dokument der Jugendkommission wird der jungen Generation Lateinamerikas größeres Verständnis gegenüber den positiven Werten der Säkularisierung bescheinigt. Sie weise auch entschiedenere Anstrengungen zum Aufbau

einer weltweiten brüderlichen Gesellschaft auf als die Erwachsenen und sehe ihre Umriss wahrscheinlich mit größerer Klarheit. Das Charakteristikum in der religiösen Haltung der lateinamerikanischen Jugend wird in „der Ablehnung eines verstellten Gottesbildes, das ihr teilweise beigebracht wurde, und der Suche nach den authentischen Werten des Evangeliums“ gesehen. Weil ihnen nicht volle Teilnahme in der Kirchengemeinde gewährt worden sei, würden die Jugendlichen sich selbst nicht als Kirche betrachten, sondern die Amtskirche mit dem Begriff „Kirche“ identifizieren.

Der Jugend komme eine wichtige Rolle im Umformungsprozeß des Kontinents zu und eine unersetzbare Aufgabe in der prophetischen Mission der Kirche. Das fordere zunächst von der Kirche ein fortlaufendes Gespräch zwischen den Amtsträgern und der organisierten und nicht organisierten Jugend. Die Konferenz empfahl, keine Jugendseelsorge in unserem herkömmlichen Verständnis. Sie hält die Antwort der Tat auf die Forderungen der Jugend für wichtiger. Das heiße gegenwärtig: die Kirche müsse immer vollkommener die Armut leben, alle Bindungen an zeitliche Mächte ablehnen und sich in der Befreiung des einzelnen und aller Volksschichten engagieren. Mager ist das Ergebnis der Kommissionsarbeit zur Frage der Laienbewegungen ausgefallen. Das Dokument beschränkt sich weitgehend auf die Wiederholung der Konzilsdokumente. Herausgehoben wird die Verpflichtung der Laien in Lateinamerika zur Mitarbeit in der Entwicklung und die dazu notwendige Bildungsarbeit in den Organisationen. So weit aber wie das Basisdokument der Konferenz, das „Passivität gegenüber der Entwicklungsfrage“ als „schwere Sünde“ bezeichnete, geht die Bischofskonferenz nicht mehr. Für die Arbeitspraxis der lateinamerikanischen Laienbewegungen ist es wohl nicht unwichtig, daß sie ihren Willen bekräftigt, alle Gruppen entschieden zu unterstützen, die sich im Umwandlungsprozeß engagieren, und ihre Führungskräfte nicht im Stich zu lassen, wenn sie wegen dieses Engagements in existenzielle Not geraten.

Seelsorge an Führungsschichten

„Seelsorge an den Führungsschichten“ war einer weiteren Kommission der Bischofskonferenz zur Beratung aufgegeben worden. In ihren Empfehlungen unterteilt diese Kommission unter Leitung des CELAM-Vizepräsidenten Marcos McGrath (Panamá) die Eliten Lateinamerikas nach ihrem Einfluß für oder gegen Strukturwandel in „Traditionalisten“, „Reformer“ und „Revolutionäre“. In der ersten und einflußreichsten Gruppe ist nach Meinung der Bischöfe das soziale Gewissen wenig oder gar nicht entwickelt. „Durchschnittlich sind sie besorgt, ihre Privilegien zu erhalten, die sie mit der bestehenden Ordnung identifizieren. Ihr gesellschaftliches Handeln hat einen paternalistischen Charakter und sorgt sich nicht um die Veränderung des Status quo.“ Regierungen würden vielfach zum Wohl dieser Gruppe arbeiten. Dies werde mit den Mitteln der Korruption erreicht, sei aber auch auf das Fehlen eines Prozesses der Personalisierung und Sozialisierung in den Volksklassen zurückzuführen. Vielfach unterstütze auch das Militär diese Struktur, zur Not mit direkter Intervention.

In der Gruppe der „Traditionalisten“ sei die Scheidung zwischen Glauben und sozialer Verantwortung am schärfsten. Die „Reformer“ in der Führungsschicht sind nach dem Dokument hauptsächlich in der Produktion zu

suchen. Ihrem Beitrag zur Technisierung und Wirtschaftsplanung wird großer Wert beigegeben. Gegenüber ihrer Zielsetzung, einseitig den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern, müsse die Kirche das ganzheitliche Fortschrittsprinzip, wie es in *Populorum progressio* aufgezeigt sei, betonen.

Die pastoralen Richtlinien werden unterteilt in Seelsorge an a) den wirtschaftlich-politischen Führungsschichten; b) der militärischen Macht; c) der politischen Macht. Für die Erstgenannten empfiehlt die Bischofskonferenz, kleine spezialisierte Gruppen und Organisationen zu gründen, die besonders in Soziallehre und -praxis zu schulen seien. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei der aktiven Minderheit, zum Beispiel Gewerkschaftsführern und Genossenschaftsleitern, zugewandt werden. Sie vor allem seien es, die am Bewußtwerden und an der Bildung der Arbeiter und Bauern arbeiteten.

Im Militär sei von der Kirche das Bewußtsein zu fördern, daß es die politischen Freiheiten der Staatsbürger zu garantieren habe, anstatt ihnen Hindernisse in den Weg zu legen. Betont wird die staatsbürgerliche Erziehungsfunktion des Militärs für die Rekruten.

Ihre Aufgabe in der Seelsorge an den politischen Machthabern sieht die lateinamerikanische Kirche darin, „energisch und klug die Ungerechtigkeiten und Auswüchse der Macht anzuklagen, wo immer das nötig ist“. Gleichzeitig „soll die Seelsorge in allen Schichten der Bevölkerung die Mitarbeit an konstruktiven Plänen der Regierung ebenso stimulieren wie die gesunde Kritik innerhalb einer verantwortlichen Opposition zum Fortschritt des Gemeinwohls“. Im übrigen müsse die Kirche sich völlige Unabhängigkeit von der politischen Macht sichern. Unter Umständen soll sie auf legitime Rechte verzichten, sobald sie die Kirche einer Allianz mit dem Staat verdächtig machen.

Zu den „Revolutionären“ wird gesagt, sie seien auf radikalen Wandel bedacht und betrachten das Volk als Mitarbeiter im Wandlungsprozeß. Hauptsächlich Intellektuelle, Wissenschaftler und Studenten gehörten in diese Gruppe. Sie verbinden von allen Gruppen der Führungsschichten am deutlichsten den Glauben mit sozialer Verantwortung und „besitzen einen sehr lebendigen Sinn für den Dienst am Nächsten“. Die Bischofskonferenz empfiehlt für die Seelsorge in diesem Milieu einen offenen Dialog und eine „Haltung der Achtung vor schöpferischer Freiheit“. Dieser Dialog muß „fern aller moralischen oder konfessionellen Besorgnis“ geführt werden. Was die spezielle Studentenseelsorge betrifft, verweist die Konferenz auf die Empfehlungen der CELAM-Tagung über Studentenseelsorge, Buga, Februar 1967. Eine „erzieherische Pastoral“ und grundlegende Evangelisation hält die Bischofskonferenz nach dem Bericht der Kommission „Pastoral de las masas“ für dringend erforderlich. Ausgangspunkt sollen die vorhandenen Formen der Volksfrömmigkeit sein. Voraussetzung dazu „sind systematische Studien der Religiosität des Volkes“. Man müsse versuchen, in kleinen Kommunitäten die persönliche Glaubensentscheidung zu wecken.

Wenig Neues brachte in Medellín die Arbeit der Kommission für Massenmedien. Auch hier wird die vorrangige Aufgabe der Medien betont, in der öffentlichen Meinung die Bereitschaft zum Strukturwandel zu stärken. Der Besitz eigener Massenmedien ist der Kirche nach Meinung der Bischöfe nur zuzubilligen, wenn sie empfangsfähig sind und der Dienst an der Gesellschaft es verlangt. Grundsätzlich könnten die Katholiken als Journalisten

und Publizisten besser in den säkularen Publikationsmitteln ihrer Aufgabe in Information und Meinungsbildung gerecht werden.

Die Kommissionen für „Priester“ und „Priesterausbildung“ wagten es offensichtlich nicht, aus dem Wissen um die permanente Krise in den Seminarien, dem anhaltenden Mangel an Priesterberufen und den zunehmenden Laisierungsgesuchen, realistische Folgerungen zu ziehen. Über pädagogisch-methodische Ratschläge kommen die Vorschläge zur Reform der Priesterausbildung nicht hinaus. An Strukturen und Lehrinhalten wurde nicht gerüttelt.

Den Priestern, die ihr Amt aufgegeben haben, sagt die lateinamerikanische Bischofskonferenz, sie würden weiterhin „wie Brüder geachtet und wie Söhne geliebt“. In letzter Instanz komme nur Gott ein Urteil zu. Diese Priester sollten wissen, daß die Bischöfe bereit sind, ihnen mit allen vorhandenen Mitteln zu helfen, „damit sie das sichtbare Band der Einheit mit der Kirche Christi bewahren oder wiedergewinnen“.

Eines der wichtigsten Dokumente der Medelliner Konferenz ist das über „Die Armut der Kirche“. Es wurde unter Leitung des Erzbischofs von Cuzco (Perú), R. Durand, erarbeitet. In Lateinamerika, heißt es darin, sei heute bereits die Tatsache ein Ärgernis, daß Bischöfe, Weltpriester und Ordensleute das Lebensnotwendige und eine gewisse Sicherheit haben, während den Massen der Armen das Unerläßliche fehlt. Die „Armut so vieler Brüder schreit nach Gerechtigkeit, Solidarität, Zeugnis, Verpflichtung, Anstrengung und Überwindung, damit voll die rettende Mission der Kirche sichtbar wird“. Die Armut leben bedeute, die Probleme und die Kämpfe des Volkes zu den Problemen und Kämpfen der Kirche zu machen. Das „Armutzeugnis“ der Kirche verlange nach Konkretion: „Wir wünschen, daß unsere Wohnung und unser Lebensstil bescheiden ist, unsere Kleidung einfach, unsere Werke und Institutionen funktionell, ohne Apparat, ohne Schaustellung. Wir bitten Priester und Gläubige, daß sie

uns behandeln, wie es unserer Aufgabe als Hirten entspricht; darum möchten wir auf alle Ehrentitel verzichten, die einer anderen Epoche angehören. Mit der Hilfe des ganzen Volkes Gottes hoffen wir, das System der kirchlichen Gebührenordnung zu überwinden und es durch andere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ersetzen, die nicht an die Verwaltung der Sakramente gebunden sind. Die Verwaltung der Diözesan- und Pfarrgüter soll kompetenten Laien übertragen werden und ausgerichtet sein auf den Gebrauch zum Wohl der ganzen Gemeinde.

Wir ermuntern die Priester, auch das Zeugnis der Armut und des Verzichts auf materielle Güter zu geben, so wie es schon Priester in einigen ländlichen Regionen und Armenvierteln tun.

Wir ermutigen jene Priester, die sich berufen fühlen, ganz das Schicksal der Armen zu teilen, mit ihnen zu leben und wie sie zu arbeiten.

Die Schwesterngemeinschaften sollen ein besonderes Zeugnis der christlichen Armut geben. Wir spornen besonders jene an, die sich gerufen fühlen, aus ihren Mitgliedern kleine Kommunitäten zu formen, die sich wirklich in den Armenmilieus integrieren.

Wir erwarten auch, daß die Ordensgemeinschaften ihre Güter immer mehr und besser den Notleidenden zur Verfügung stellen, mit ihnen nicht nur den Überfluß teilen, sondern auch das Lebensnotwendige und die Häuser und Instrumente ihrer Arbeit in den Dienst der menschlichen Gemeinschaft stellen. Eine sorgfältige Unterscheidung zwischen dem, was der Ordensgemeinschaft zukommt, und dem, was zur Verwirklichung der Arbeit gebraucht wird, erlaubt leichter eine Realisierung all dessen. Außerdem werden dadurch neue Formen für die Werke gesucht, in denen andere Mitglieder der christlichen Gemeinschaft teilhaben an Administration und Eigentum.

Eine ernsthafte Bekehrung muß die individualistische Mentalität wandeln zu einem wahrhaft sozialen Sinn und zum Einsatz für das Gemeinwohl.“

Aktuelle Probleme der Politik der SED

Nach der Verkündung der neuen sozialistischen Verfassung der DDR (8. April 1968) traten — wie es vor allem auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED (6. bis 8. Juni 1968) sichtbar wurde — zwei Schwerpunkte hervor: Festigung der ideologisch-politischen Position der Partei gegenüber revisionistischen und nationalkommunistischen Einflüssen aus der ČSSR und die Anpassung der wirtschaftlichen Planungs- und Führungsmethoden an ein dynamisches Wirtschaftsgeschehen. Die SED-Führung ist gegenwärtig offenbar davon überzeugt, daß die Lösung der beiden Schwerpunktaufgaben die wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisierung der Herrschaft der SED sind. Obwohl der Kampf gegen Liberalisierungstendenzen in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der Anti-Prag-Kampagne stark in den Vordergrund getreten ist, wurden die wirtschaftlichen Anstrengungen keineswegs verringert. Im Gegenteil, durch gesteigerte Aktivität auf diesem Sektor sollte gewissermaßen in der alltäglichen Arbeit der Parteiorganisationen die Flucht nach vorn angetreten und von einer breiten freimütigen Diskussion der Vorgänge in der ČSSR abgelenkt werden.

Bereits kurz nach Verkündung der neuen Verfassung faßte der Staatsrat der DDR auf seiner 8. Sitzung am 22. April 1968 einen sehr bedeutsamen Beschluß zur Weiterentwicklung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Zur Vorbereitung auf diese Sitzung hatte der Volkskammerausschuß für Industrie, Bauwesen und Verkehr seit September 1967 unter der unmittelbaren Leitung seines Vorsitzenden, des Politbüromitglieds G. Mittag, Untersuchungen über den Stand der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen und der wirtschaftlichen Führungstätigkeit in einigen Ministerien, örtlichen Räten, VVB (Vereinigungen Volkseigener Betriebe) und Betrieben durchgeführt. Der Volkskammerausschuß bildete Kommissionen und Arbeitsgruppen, in denen neben den Abgeordneten anderer Volkskammerausschüsse auch 75 Wissenschaftler und Wirtschaftspraktiker zur Mitarbeit herangezogen wurden.

Aus den bisher veröffentlichten Reden dieser Staatsrats-tagung, der 6. Plenartagung des Zentralkomitees sowie der 9. Sitzung der Volkskammer (11. Juni 1968) geht hervor, daß insbesondere in der chemischen Industrie,